**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Allgem. Verwaltung, Verwaltungssteuerung		Drucksachen-Nr. 79/2006
		☒ Öffentlich
		☐ Nichtöffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Hauptausschuss	14.03.2006	Beratung
Rat	23.03.2006	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Umsetzung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes für den Bereich der Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen/Bürger;
Neufassung der Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach
zur Auskunftspflicht nach § 43 Absatz 3, Satz Gemeindeordnung - GO - NRW unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes – KorruptionsbG -**

Beschlussvorschlag:

@->

Die Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach zur Auskunftspflicht nach § 43 Absatz 3, Satz 2 Gemeindeordnung - GO - NRW unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetz – KorruptionsbG - wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

@->

I. Sachdarstellung:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung am 13.07.2004 Einzelheiten der gesetzlichen Auskunftspflicht der Ratsmitglieder nach § 43 Absatz 3 Satz 2 Gemeindeordnung – GO – NRW in einer Ehrenordnung geregelt und den Text eines Ehrenkodexes (**Anlage 1**) verabschiedet, den die Ratsmitglieder als freiwillige Selbstverpflichtung jenseits bestehender rechtlicher Regelungen unterzeichnen können.

Am 16.12.2004 beschloss der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen das Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz –KorruptionsbG), das am 01.03.2005 in Kraft getreten ist. Der Gesetzestext ist beigefügt (**Anlage 2**).

Das Gesetz gilt u.a. auch für die Mitglieder in den Organen und Ausschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger nach § 58 Absatz 3 GO NRW. In § 17 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes ist die Auskunftspflicht dieses Personenkreises gegenüber der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister umfassend geregelt. Sie geht über die Auskunftspflicht der Ratsmitglieder nach § 43 Abs. 3 Satz 2 GO NRW, die weiterbesteht, hinaus.

Im Einzelnen gilt Folgendes¹:

Zu § 1 Abs. 1- Geltungsbereich

Mitglieder der Regionalräte nach dem Landesplanungsgesetz werden nicht von § 1 Abs. 1 erfasst. Soweit sie Rats- oder Kreistagsmitglieder sind, fallen sie gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 5 in den Geltungsbereich des KorruptionsbG.

Zu § 1 Abs. 1 Nr. 5 – Ratsmitglieder, sachkundige Bürgerinnen/Bürger

§ 1 Abs. 1 Nr. 5 enthält bezüglich der gemeindlichen Ausschüsse keine Beschränkung. Zu den Ausschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände gehören deshalb die nach den Vorschriften oder auf der Grundlage der GO NW, KrO NW und LVerbO NW, oder nach spezialgesetzlichen Vorschriften gebildeten Ausschüsse, die in Angelegenheiten der Gemeinden oder Gemeindeverbände beratend oder entscheidend tätig werden. Erfasst sind daher sowohl die Pflichtausschüsse nach GO NW, KrO NW und LVerbO NW, wie z.B. Hauptausschuss, Finanzausschuss, Werksausschuss, Krankenhausausschuss aber auch die freiwillig gebildeten Ausschüsse, wie z.B. Sportausschuss oder Kulturausschuss und der nach spezialgesetzlichen Vorschriften gebildete Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss sowie Umlegungsausschuss. Nicht gemeint sind sonstige Gremien, wie z.B. Unterausschüsse, Beiräte und Kommissionen.

Der Hinweis auf die sachkundigen Bürger im Sinne der §§ 58 Abs. 3 pp. dient der Abgrenzung zu nur beratenden Mitgliedern i. S. v. § 58 Abs. 1 Satz 7 ff GO NW, § 41 Abs. 3 Satz 7 ff KrO NW und § 12 Abs. 3 Satz 1 ff LVerbO, zu Vertretern von Bevölkerungsgruppen im Sinne des § 58 Abs. 3 Satz 6 GO, § 41 Abs. 5 Satz 6 KrO und zu sachkundigen Einwohnern nach § 58 Abs. 4 GO NW und § 41 Abs. 4 KrO NW.

Zu § 1 Abs. 1 Nr. 7 – Städtische Eigengesellschaften, juristische Personen und Personenvereinigungen mit städtischer Beteiligung oder institutioneller Förderung

¹ Quelle: Zwischen dem Innenministerium NRW und den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmte Erläuterungen zum Korruptionsbekämpfungsgesetz (Stand: 20. Juni 2005)

Die erste Fallalternative („bei denen die absolute Mehrheit der Anteile oder die absolute Mehrheit der Stimmen den öffentlichen Stellen zusteht“) erfasst die juristischen Personen und Personenvereinigungen, an denen öffentliche Stellen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Der in der zweiten Fallalternative verwendete Begriff der „Zuwendungen“ umfasst – entsprechend der haushaltsrechtlichen Definition des Zuwendungsbegriffes - jedenfalls die institutionelle Förderung. Nicht als Zuwendungen gelten insbesondere Entgelte, die als Gegenleistung für konkrete Leistungen auf vertraglicher Basis gezahlt werden, und Leistungen, auf die der Empfänger einen dem Grund und der Höhe nach unmittelbar durch Rechtsvorschriften begründeten Anspruch hat.

Zu § 17 Satz 1 Nr. 1 - Ausgeübter Beruf und Beraterverträge

Die **Auskunftspflichtigen** haben gem. § 17 Nr. 1 Korruptionsbekämpfungsgesetz ihren ausgeübten Beruf zu nennen. Der Beruf bezeichnet die hauptsächliche Tätigkeit, die durch Ausbildung bzw. spezielle Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen gekennzeichnet ist (z.B. Arzt, Lehrer, Anwalt, Verlagskaufmann, Lagerarbeiter). Werden mehrere Berufe nebeneinander ausgeübt, sind sie anzugeben, wobei der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit kenntlich gemacht werden sollte (z.B. Taxifahrer und Landwirt im Nebenerwerb).

Soweit zu einer hauptberuflichen Tätigkeit Beraterverträge gehören (z.B. bei Anwälten, Unternehmensberatern oder Personalberatern), sind diese nicht gesondert anzugeben. Lediglich Beraterverträge, die üblicherweise keine Tätigkeiten im Rahmen des ausgeübten Berufes darstellen, sind gesondert anzuzeigen. Hierbei ist nur das Vertragsverhältnis als solches einschließlich der Vertragspartner zu benennen. Zu Aussagen über den Inhalt des Vertrages, insbesondere zur Angabe einzelner Mandatsverhältnisse, ist der Auskunftgebende nicht verpflichtet.

Für den Fall, dass ein vorhandener Beratervertrag eine Verschwiegenheitsabrede enthält, die sich auf das Bestehen des Vertragsverhältnisses an sich erstreckt, hat der Anzeigende auf eine Änderung des Vertrages hinzuwirken. Befreit ihn der Vertragspartner nicht von der Verschwiegenheitspflicht, so hat er anzuzeigen, dass er einen Beratervertrag hat. In diesem Fall hat er in besonderem Maße zu prüfen, ob zwischen persönlichen Interessen und seiner Mandats- oder Amtstätigkeit eine unzulässige Interessenkollision besteht oder entstehen kann. Schließt der Anzeigende zukünftig einen Beratervertrag ab, hat er im Hinblick auf seine gesetzliche Verpflichtung nach § 17 KorruptionsbG eine Verschwiegenheitsabrede, die sich auf das Bestehen des Vertragsverhältnisses an sich erstreckt, abzulehnen.

Zu § 17 Satz 1 Nr. 2 - Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S. des § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

Andere Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 S. 3 des Aktiengesetzes sind in- und ausländische Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen, die mit gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten vergleichbar sind.

Zu § 17 Satz 1 Nr. 3 – Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absatz 1 und Absatz 2 des Landesorganisationsgesetzes –LOG- genannten Behörden und Einrichtungen

Zu den in § 1 Abs. 1 LOG genannten Behörden und Einrichtungen gehören auch Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, wie z.B. die Sparkassen (vgl. § 1 Abs. 1 S. 3 LOG i.V.m. § 30 Sparkassengesetz). Ebenso werden öffentlich-rechtliche Stiftungen erfasst.

Zu § 17 Satz 1 Nr. 5 Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien

Die Mitgliedschaft in Vereinen muss nur dann angegeben werden, wenn dort auch in der Satzung benannte Funktionen ausgeübt werden.

Nicht in den Anwendungsbereich des § 17 Satz 1 KorruptionsbG fallen

- Kirchen und kirchliche Organisationen
- die Mitgliedschaft in einem Regionalrat nach dem Landesplanungsgesetz (vgl. Erläuterungen zu § 1 Abs. 1).

§ 17 bestimmt keinen Stichtag für die Meldung von Gremientätigkeiten. Die Aufsichtsbehörden können im Rahmen der Überprüfung der Erfüllung der Meldepflicht und der jährlichen Veröffentlichungspflicht für ihren Zuständigkeitsbereich Berichtsfristen festlegen.

§ 17 legt fest, dass die Angaben zu veröffentlichen sind. Dem Wortlaut des Gesetzes kann nicht entnommen werden, in welcher Weise und durch wen die Veröffentlichung vorzunehmen ist. Nach dem Sinn und Zweck der Regelung trifft die Veröffentlichungspflicht zunächst den Betroffenen selbst. Die die Meldung entgegennehmenden Stellen sind nicht verpflichtet, die Veröffentlichung zu übernehmen.

Im Hinblick auf Transparenz und bürgerfreundliche Handhabung dürfen die die Meldung entgegennehmenden Stellen diese ebenfalls veröffentlichen. In diesem Fall sollte der Hinweis erfolgen, dass die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und Aktualisierung bei Veränderungen bei dem bzw. der Meldepflichtigen liegt. Über Form und Inhalt der Veröffentlichung sollte nach Möglichkeit ein Einvernehmen zwischen den Beteiligten hergestellt werden.

Einer förmlichen Bekanntmachung bedarf es nicht. Dem Sinn und Zweck der Regelung ist Rechnung getragen, wenn die Veröffentlichung in einem der Öffentlichkeit direkt zugänglichen Medium erfolgt (Internet, Presse, Amtsblatt). Eine Offenlegung in einer Ratssitzung genügt nicht. Bei der Veröffentlichung in Papierform, auch in der Tagespresse, genügt es, wenn dies zu einem bestimmten Zeitpunkt geschieht und bei späteren Nachfragen die Fundstelle benannt werden kann. Ausreichend ist auch ein Hinweis der Internet auf eine Möglichkeit der Einsichtnahme, wenn die betreffenden Daten an einer bestimmten Stelle zur Einsichtnahme durch interessierte Bürger bereit gehalten werden oder, dass die Stadt auf ihrer Homepage diese Daten einstellt.

Aus praktischen Erwägungen empfehlen das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände den sich aus § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz und § 43 Abs. 3 Satz 2 GO NRW Verpflichtungen nicht in getrennten Verfahren Rechnung zu tragen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die am 13.07.2004 erlassene Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach durch eine Neufassung, die auch die Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes einbezieht, zu ersetzen. Die Neufassung der städtischen Ehrenordnung basiert auf der vom Städte- und Gemeindebund NRW veröffentlichten Musterehrenordnung.

Während die Veröffentlichung der Auskünfte nach § 43 Absatz 3 Satz GO NRW in der Entscheidungskompetenz des Rates liegt, ist sie nach § 17 KorruptionsbG zwingend vorgeschrieben. Um dieser weitergehenden Regelung Rechnung zu tragen, wird angeregt, die Empfehlung des Innenministeriums NRW und der kommunalen Spitzenverbände aufzugreifen und von Einzelveröffentlichungen der Betroffenen oder Bekanntmachungen in der Presse abzusehen und statt dessen die betreffenden Daten auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach für interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Regelung wurde in die Neufassung der Ehrenordnung aufgenommen.

Zur ergänzenden Information über die Änderungen sind die derzeit geltende Ehrenordnung und der Entwurf der Neufassung in einer Synopse (**Anlage 3**) gegenübergestellt.

Außerdem ist ein Auszug aus der Gemeindeordnung NRW mit dem Text des § 43 Absatz 3 beigelegt (**Anlage 4**).

II. Neufassung der Ehrenordnung (Entwurf)

Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat aufgrund des § 43 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) unter Einbeziehung der Regelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz – KorruptionsbG – NRW) am die nachstehende Ehrenordnung beschlossen:

§ 1

Auskunftspflichten

- (1) Rats- und Ausschusmitglieder haben schriftlich Auskunft über folgende persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse zu geben:
 1. Name, Vorname
 2. Anschrift, Familienstand, ggf. Name des Ehegatten und der Kinder
 3. gegenwärtig ausgeübte Berufe, insbesondere
 - a) bei unselbständiger Tätigkeit: Angabe des Arbeitgebers mit Branche bzw. Dienstherr, Angabe der dienstlichen Stellung bzw. Funktion
 - b) bei selbständigen Gewerbetreibenden: Art des Gewerbes und Angabe der Firma
 - c) bei freien Berufen und sonstigen selbständigen Berufen: Angabe des Berufs und Berufszweiges sowie der Firma.Bei mehreren gleichzeitig ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit kenntlich zu machen.
 4. Beraterverträge, insbesondere über die entgeltliche Beratung, Vertretung fremder Interessen oder der Erstattung von Gutachten, soweit diese Tätigkeiten außerhalb des von ihnen angezeigten Berufs erfolgen.
 5. Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes.
 6. Mitgliedschaft in Organen von rechtlich verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absatz 1 und Absatz 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen.
 7. Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.
 8. Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien.
 9. Grundvermögen innerhalb des Stadt-/Gemeindegebietes sowie die Beteiligung an Unternehmen mit Sitz oder einer Tätigkeit in der Stadt/Gemeinde.
- (2) Die Auskunftspflicht umfasst nicht die Mitteilung von Tatsachen über Dritte, für die /der Auskunftspflichtige gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten geltend machen kann.
- (3) Die Auskunftspflichtigen haben die vorstehenden Auskünfte unmittelbar nach der Mandatsübernahme dem Bürgermeister / der Bürgermeisterin bekannt zu geben. Änderungen zu den gemachten Angaben sind unverzüglich dem Bürgermeister / der Bürgermeisterin mitzuteilen.
- (4) Von den Auskunftspflichten unberührt bleiben gegenüber Prüfeinrichtungen im Einzelfall zu gebende Auskünfte sowie die Pflicht gemäß § 31 GO NRW eine Befangenheit im Einzelfall anzuzeigen.

§ 2 Herstellung von Transparenz

- (1) Die Angaben nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1 und 3 bis 8 sowie die Anschrift der Rats- und Ausschussmitglieder werden jährlich auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Die nach § 1 Absatz 1 Ziffer 2 und 9 erteilten Auskünfte, mit Ausnahme der Anschrift, dürfen nur im Rahmen der Geschäftsführung des Rates und der Ausschüsse verwendet werden; sie sind im Übrigen vertraulich zu behandeln.
- (3) Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin erstattet dem Rat schriftlich Bericht über die Einhaltung der Auskunftspflichten.

§ 3

Nach Ablauf der Wahlperiode sind die Daten der ausgeschiedenen Mitglieder zu löschen.

§ 4

Die Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach tritt am in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach vom 01.08.2004 außer Kraft.

3.4 Bei mehreren Berufen:

Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit (Berufsbranche/Anschrift)	

4. Ich habe Grundvermögen innerhalb des Stadtgebietes

JA NEIN

Falls ja:

Art des Grundstücks (lt. Einheitswertbescheid)	Lage des Grundstücks (Straße/Flur/Flurstück/Parzelle)	Art der Rechtsbeziehung (Eigentum/Erbaurecht/ Nießbrauchrecht)

5. Ich bin mit an Unternehmen mit Sitz oder einem Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt Bergisch Gladbach beteiligt

JA NEIN

Falls ja:

Name/Anschrift/Branche des Unternehmens	Art der Beteiligung

6. Ich bin Mitglied bei juristischen Personen oder Vereinigungen mit Sitz oder einem Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt Bergisch Gladbach

JA NEIN

6.1 Falls ja:

Name/Anschrift/Rechtsform	Ehrenamtlich	Vergütet

6.2 eines sonstigen Organs/ Beirates eines privat-rechtlichen Unternehmens

Name/Anschrift/Rechtsform	Ehrenamtlich	Vergütet

6.3 eines/einer

in einer anderen Rechtsform Körperschaft/Stiftung/ Gebietskörperschaft
betriebl. Unternehmens Anstalt des öffentl. Rechts

(Hinweis: Die Anzeige entfällt, wenn die Tätigkeit auf eine Bestellung durch Beschluss der Rates zurückgeht)

Name/Anschrift/Rechtsform	Ehrenamtlich	Vergütet

6.4 eines Vereins

(Hinweis: Die Anzeige entfällt, wenn die Tätigkeit auf eine Bestellung durch Beschluss der Rates zurückgeht)

Name/Anschrift/Rechtsform	Ehrenamtlich	Vergütet

7. Ich übe eine/mehrere vergütete Tätigkeiten außerhalb meines Berufes aus

JA NEIN

Falls ja:

Art der Tätigkeit:

Vertretung fremder Interessen Erstattung von Gutachten für
Beratung Einwohner der Stadt Bergisch Gladbach

Name	Vorname	Anschrift

8. Ich übe eine/mehrere vergütete und/oder ehrenamtliche Funktionen aus

JA NEIN

Falls ja:

in: Berufsverbänden Wirtschaftsvereinigungen
Sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen

Genaue Bezeichnung/Anschrift	Ehrenamtlich	Vergütet

„Eintretende Änderungen werde ich umgehend anzeigen.“

Mir ist bekannt, daß meine Offenbarungspflicht über evtl. Ausschließungsgründe gem. § 43 Abs. 2 i.V.m. § 31 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) unabhängig von dieser Mitteilung besteht und daß ich verpflichtet bin, Ausschließungsgründe jeweils vor Eintritt in die Verhandlung über eine Angelegenheit in Sitzungen des Rates und der Ausschüsse jeweils den/der Vorsitzenden unaufgefordert anzuzeigen.“

Bergisch Gladbach, den

Unterschrift

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung: - Eigenanteil: - objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	